

müssen gelöst werden, sondern nur auf dem Wege durch historisch-wissenschaftlicher Forschung. Ein starkes Stück ist es, zu behaupten, daß wir uns bezüglich der Räumung des Stuhrgebietes mit französischen unverbindlichen Erklärungen Herrnsois begnügt hätten. Unter den Urfunden befindet sich:

eine ausdrückliche kritische Erklärung des französischen und des belgischen Ministerpräsidenten

In der die Räumung in der Höchstfrist von 1 Jahre angefordert werde. Durch die Unterschrift des Londoner Protocols ist diese Erklärung ein Teil des Abkommen geworden. Alles, was geschieht, soll sich im Geiste der Friedfertigkeit und der Loyalität vollziehen. Die Reichsregierung ist voll und ganz gewillt, das Dawesgutachten mit aller Loyalität und friedfertigen Gewissenssicherung zur Durchführung zu bringen, soweit es in ihrer Möglichkeit liegt. Die Reichsregierung ist dazu entschlossen. Ich hoffe, daß der Reichstag sie dabei unterstützen wird.

Wenn das Gutachten abgelehnt wird, und wenn der Londoner Vertrag scheitert, dann scheint mir allerdings alles aus zu sein. (Lebhafte Hörer, Hörer!) Oder glaubt man, daß in zwei Monaten eine neue Londoner Konferenz ausstehe? Der Reichskanzler wirft den Nationalsozialisten „verheugende Demagogie“ vor und ruft dadurch bei diesen einen Sturm der Entrüstung hervor. Der Kanzler erklärt, daß es die Absicht der Regierung gewesen sei, die handelspolitischen Fragen in seiner Weise mit der Räumung zu verknüpfen. Für den Oktober sei

die Andanhaltung von Handelsverträgen

versprochen worden. Wäre dies nicht geschehen. Jo würde man der Regierung heute sicher Pflichtverletzung vorwerfen. Von der Rechten wird ferner bemängelt, daß wir freiwillig unterschrieben hätten. Ich hätte die Stimmung im Reichstag sehen müssen, wenn wir mit einem Diktat zurückgekommen wären. Wir sind bereit am Sonnabend freiwillig zu unterschreiben, weil wir den Vertrag als den ersten Schritt zur Besiedlung des Vaterlandes betrachten. (Lebhafte Beifall in der Mitte und bei den Sozialdemokraten. Gelächter rechts.)

Ubg. Dr. Pfleger (Wahr. Bpt.) erkennt an, daß von der deutschen Delegation große Arbeit geleistet worden sei. Seine Fraktion stimmte den Vorlagen nachdrücklich zu. Man könne aber nicht mit Vertrauen in die Zukunft blicken, wenn nicht in der Gestaltung der Regierung ein Wandel eintrete.

Es sprachen dann noch die Ubgg. Dr. Breit (Wirtl. Vereinigung), der den Gutachtengesetzen zustimmt, und Kunze (Fischba.), der sie ablehnte. Die erste Sitzung der Gesetzestagung ist somit beendet.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr, zweite Beratung des Gutachtengesetzes. — Schluss 11.30 Uhr.

Berlin, 26. August. Auch die gestrige Debatte im Reichstag hat, wie die Blätter schreiben, keine Klärung der parlamentarischen Lage gebracht. Eine kann allerdings als feststehend angesehen werden: die Deutschnationale Fraktion wird keinen Zwang auf ihre Mitglieder ausüben. Die „Kreuzzeitung“ beantwortet die Frage, ob die Deutschnationalen die Abstimmung frei geben werden, mit folgenden Worten: Die Deutschnationale Volkspartei respektiert den 21. Artikel der Verfassung, der besagt, die Abgeordneten seien Vertreter des ganzen Volkes, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Auffrage nicht gebunden. Keiner hat so scharf den Fraktionszwang befürchtet wie Dr. Helfferich. In den Bemerkungen der „Deutschen Tageszeitung“ kommt das Schenken der Deutschnationalen nach Bildung des großen Bürgerblocks zum Ausdruck.

Magdeburg 25. August. In der Magdeburger Zeitung teilt Reichstagabg. Adam (C. Bpt.) mit, daß die bürgerlichen Verbände von Rheinland und Westfalen im Gegensatz zu der auf der Tagung der bürgerlichen Verbände am Sonnabend in Berlin gefassten Entschließung auf dem Standpunkt stehen, daß Londoner Abkommen müsse angenommen werden.

Die Herweghs.

Roman von Liesbet Dill.
Copyright by M. Feuchtwanger Halle a. S.

(34. Fortsetzung.)

Der Mann war gebrochen von dem jahrelangen Kampf gegen eine Leidenschaft gefoltert von der Ängstlichen Angst, daß einmal alles ans Licht kommen würde.

„Ich, Herr Rechtsanwalt, Sie wissen nicht, was heißt seine Frau, die man geliebt hat, die einem Kinder geboren hat, als Diebin zu sehen.“ Der gebrochene Mann begann seine Ehe zu schildern. „Wir waren so glücklich meine Frau ist so außerzig, und eine treue fordernde Mutter, ach meine armen Kinder.“ Und der Mann bedeckte sein graues Haar voll Kummer.

Er weinte.

Herwegh suchte sich vergebens gegen das Mitgefühl zu panzern. Er wollte diesen Fall nicht nehmen. Obwohl in ihm regte sich und erhob warnend seine Hand. Über der Mann und seine Kinder summerten ihn.

Sein eigenes Unglück erwachte wieder, daß die Mutter eine Zeitlang hektisch zu haben schien. Grete — war sie denn besser wie diese Unglückliche?

Er nahm den Fall, trotz des ironischen Lächelns der Kollegen. Vielleicht konnte er diese Frau retten.

Es war eine geistige Infantile von schwankender Gemütsstimmung, beeinflusbar und insolent die unbeständigen Depressionen litt. Als Mädchen muhte diese Frau schön gewesen sein, ein Madonnenbild. Jetzt hatte sie etwas Gedrücktes, Scheues, Unsicheres. Wie sie dazu gekommen war, zu fehlten, wußte sie nicht anzugeben. Es lag sie fast töricht in die Hände. Sie wachte nachts auf und fürchte den Tag nicht erwarten, um sich zu den Säuden zu flüchten. Und nach einem solchen Nach-

Die Deutschnationalen im Kabinett?

Der Reichskanzlerposten für die Opposition?

Berlin, 25. August. Wie „B. B.“ wissen will, haben gestern Mitglieder der Deutschen Volkspartei den Versuch gemacht, mit den Deutschnationalen eine Kompromißformel zu finden. Die Deutschnationalen sollen dabei Wert darauf gelegt haben, daß, wenn sie in das Kabinett eintreten sollten, ihnen der Reichskanzlerposten zur Verfügung gestellt würde.

Die Verhandlungen hätten zu keinem Ergebnis geführt. Auch ein Versuch einiger Zentrumsparteier, auf dem Umweg über die Bayerische Volkspartei mit den Deutschnationalen Einführung zu nehmen, sei misslungen. Die Bayerische Volkspartei sei nicht dafür zu haben gewesen, daß Reichskanzler Marx durch einen Deutschnationalen ersetzt wird. Das für die Zentrumspartei und die Demokraten ein solcher Gedanke außerhalb jeder Möglichkeit liege bedürfe keiner Erwähnung.

Räumung Ende Januar 1925?

Paris, 25. August. Wie das Pariser „Journal du Peuple“ am Sonntag meldet habe Herrriot den sozialistischen Abgeordneten mitgeteilt, daß nach seinen Diskussionen die Räumung Ende Januar 1925 beendet sein könnte. Die Voraussetzung wäre nur die weitere Ausübung der militärischen Kontrolle durch den Böllerbund um das Erwachen der deutschen Bedrohung zu vermeiden.

Amerika fordert Priorität für die deutschen Anleihen.

New York, 25. August. „Wall Street Journal“ schreibt: Die Finanzierung der Industrieanleihen an Deutschland beschäftigt die Aufmerksamkeit aller Finanziers. Die finanziellen Kreise legten Wert auf die Feststellung, daß, wenn die Reparationskommission für die Industrieanleihen keine Priorität bewillige, das gesamte System der finanziellen Unterstützung Deutschlands, das auf dem Dawesplan beruht, fehlschlagen müsse

Auslieferung der Erzbergermörder?

Budapest, 25. August. Wie die Blätter melden hat die deutsche Regierung an die ungarische Behörde heute das Ansuchen um Einleitung des Auslieferungsverfahrens gegen Förster-Schulz gerichtet.

Im Sinne dieses Antrages beschloß der Anklagenrat, daß der Beschuldigte auf Grund des Auslieferungsbegehrens der deutschen Regierung in Haft genommen bzw. behalten werde. Diese Haft ist auf 6 Wochen beschränkt und in dieser Zeit muß über das Auslieferungsbegehren, das durch das Justizministerium auf diplomatischem Wege zu erledigen sein wird, entschieden werden. In erster Reihe wird die Frage erledigt werden, ob es sich um einen gewöhnlichen oder politischen Mord handelt.

Die deutschen Sparkassen für nennenswerte Aufwertung.

Stuttgart, 25. August. Der Allgemeine Deutsche Sparkassen- und Kommunalbanktag hat in der Aufwertungsfrage eine Entscheidung angenommen, in der die Sparkassen den Wunsch ausdrücken, daß bei der im Reichstag zur Erörterung stehenden Erledigung der 3. Steuernotverordnung Ihnen die Aufwertung ihrer wichtigsten Kapitalanlagen gesichert wird, die sie in den Stand setzt unter gleichmäßiger Vereinsfachung des Feststellungsverfahrens die Spareinlage auf einen nennenswerten Prozentsatz ihres Geldmarktwertes aufzufeuern.

Blutiger Kampf in Kalkutta.

London, 24. August. Neuter meldet aus Kalkutta: Während eines Hindufestes in Janmabhumi verübten Fanatiker, in einen Tempel zu dringen. Die Polizei erschossen gegen sie ein Feuer. Es entstand ein Gefecht bei dem ein indischer Beamter, 20 Polizisten und neun Fanatiker verwundet wurden.

stahl entwand sie stets eine große Erleichterung und Befriedigung. Es war, als sei sie von einem Fieber befreit. Einige Male hatten ihr die Ladenbesitzer die Waren im Hinterzimmer wieder abgenommen, hatten sie gewarnt. Sie hatte geweint, bereut, versprochen, es nicht wieder zu tun. Und kaum betrat sie wieder ein Geschäft, so kam die unüberstehliche Sucht von neuem über sie.

Der Fall begann ihn zu interessieren.

In dieser Frau sah er den Typ der moralisch Entarteten vor sich, über den er so viel gelesen und gehört.

Die Sünde war bei ihr beschlossen, ohne Erbogen und ohne Absicht. Es war eine Gewohnheitsverbrecherin.

So oft er die Ungläubige vor sich sah, dachte er an seine eigene Frau.

Herwegh verglich diese „erblich Geschädigten“ mit „verbauten Schiffen die mit einer gewissen fatalistischen Notwendigkeit im Lebenskampfe unterliegen“. Denn die Charakterverschlechterung war häufig nur das erste Zeichen der geistigen Störung.

Durfte man diese Menschen noch bestrafen? Nein, man mußte die Welt von ihnen befreien, indem man sie absonderte und sie den Arzten übergab.

Die Frau wurde freigesprochen.

Sie kam in die Vanvesseianstalt Rheinhafen wo sie später starb. Allmählich fanden auch andere „dunkle Fälle“ ihren Weg zum Herweghschen Büro.

Hinter verschlossenen Türen spielten sich die ergreifenden Szenen ab. Man hätte ein Auto sein müssen, um hart zu bleiben.

„So bin zu Ihnen gekommen, Herr Rechtsanwalt weiß Sie der einzige sind, der mir helfen kann.“

Gegen welche Worte war Groß ausfällig, wie gegen Frauenschande.

Die Lastenverteilung.

Nach der Annahme der Dawes-Gesetz.

Der frühere Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums Professor Dr. Julius Hirsch hat sich in einem demokratischen Vortrag über die Ergebnisse der Londoner Verhandlungen vor der Wirtschaftskonferenz der „Afa“ gehuftet. Dabei ging es ausführlich auf die Lastenverteilung die sich aus den Dawesgesetzen ergibt ein. Von den Lasten der Reparationen, sagte er, werde nur ein Anteil auf den Besten, dagegen sieben Anteile auf den Verbrauch gelegt.

Nachdem er einen Wollentscheid über die Lastenverteilung gefordert hatte, schlug er einen Rahmenentwurf vor, der folgendes vorsieht:

I. Herabsetzung der Umsatzsteuer bis auf 1% v. G.

II. Reduzierung dieses Steuerausfalls und der Reparationen auf folgende Weise:

a) Aufstellung eines Reparationsfests, in dem nach die Aufbringung durch Eisenbahnen enthalten ist;

b) von diesen Kosten sollen Verbrauch und Verkehr höchstens 50 v. H. aufbringen, die anderen 50 v. H. werden aufgebracht:

1. durch Erhöhung der Erbschaftssteuer jährlich;

2. Belastung der landwirtschaftlichen Sachwerte unter Freilassung der Kleinbetriebe, in den ersten beiden Jahren 100, in den folgenden Jahren 300 Millionen Goldmark jährlich;

3. während der beiden Schonjahre: Besteuerung der Geldeinkommensgewinne (Inflationsgewinne), insbesondere der Entwicklung von Schulden, für zwei Jahre zusammen 500 Millionen Goldmark;

4. Industriebelastung laut Dawesgutachten 300 Millionen Goldmark jährlich.

5. Dazu Tabakhandelsmonopol laut Dawesbericht 850 Millionen Goldmark jährlich (einschließlich Tabaksteuer).

6. Etwa verbleibender Rest aufzubringen durch Sonderzuschläge zur Vermögenssteuer.

„Ergänzend“ fügt er hinzu: „muß eine Wirtschaftspolitik hinzutreten, die in der landwirtschaftlichen Produktion Förderung nicht durch Schutzzölle, sondern durch Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel erstrebt. Verbilligung der Warenvermittlung insbesondere auch durch Begünstigung der Genossenschaften. Stärkung der Inlandsparnas und Druck auf weitgehende Nationalisierung der Produktion, damit die Stärkung der deutschen Produktion nicht Lohnverkürzung und Arbeitszeitverkürzung, sondern durch Verbesserung des technischen Apparates möglichst weitgehend erzielt würde.“

Aus Stadt und Land.

Tue, 26. August.

Neuntes Deutsches Sängerbundesfest in Hannover.

Ein Ringen um die Seele des Volkes, das ist die Aufgabe des deutschen Männergesanges. Seine erlösende befreiende, seine einladende und vereinende Macht hat man in Hannover in vielen formschönen, gedankenreichen Reden anerkannt, als deren inhaltlich wichtigste die des preußischen Kultusministers Dr. Böltig anzusehen ist. Lied und Sang, so führte der Minister u. a. aus, bildeten das geistige Band, das alle Deutschen wo sie auch wohnten, unlöslich zusammenhängt als Glieder des gleichen Volkes. Dr. Böltig wies dann darauf hin, daß die Schulreform dem Schulgefängnis und Schulmusikunterricht die eifrigste Pflege zuteile um auf diese Weise auch ihrerseits zur Förderung der deutschen Sängerbünde beizutragen. Auch die Fortbildungskurse zu Chordixigenen in den staatlichen Musikbildungsinstitutionen sollten demnächst unter Heranziehung anerkannter Fachleute dezentralisiert werden. Nicht eine Überleiterung der technischen Leistungen und der Zahl der Wettschreie sei das Ziel, sondern die Pflege des ursprünglichen fehlenden Liedes, in dem sich das ganze Fühlen und Sehnen des deutschen Volkes offenbarte. Das Sängerbundesfest lege ein deutliches Zeugnis davon ab, daß die ersten Schritte zur Verwirklichung dieses Ziels bereits getan seien.

Wenn man jeden Tat auf den Grund nachging, so fand sich eine Entschuldigung oder eine Erklärung für ihre Notwendigkeit. Wenn man in die Seelen dieser müden Berittner, Abgehetzen und Erschrocken schaute, so sah man doch meist andere, Eltern, Freunde, Kameraden, Lehrer, Kollegen, oft auch die eigene Frau, die eigentlich Schuldigen waren oder wenigstens einen Teil der Schuld trugen.

„Er arbeitet viel mit Gefühlen,“ sagte Wohlisch lächelnd. Jeder hatte seine Methode.

Der Gefühlsstrom ergab oft eine bessere Richtung als der überlegene Verstand. Es ist eine große Gefahr für einen wortgewandten Redner, wenn er Opposition meckt und sich wanken fühlt auf dem Boden, auf dem er bis dahin festen Fußes gegangen.

Herwegh überzeugte immer, er ließ oder erlangte doch wenigstens Erleichterungen hoher Strafen.

„Unser großer Vorschreiter Herwegh,“ nannte ihn der Staatsanwalt.

„Sie hätten im Mittelalter leben müssen und von der Kanzel reden,“ sagten die Kollegen zu ihm. „Alle Weiber hätten Sie belehrt, Sie wären alle zu Ihrem Glauben übergegangen.“

Die jungen Referenten hörten ihm zu, wie man einem Vorfrediger lauschte, der nach seinen Worten lebt.

Denn Herwegh war überzeugt von dem was er sagte. Das fühlten sie. Gutes Großes lag in seinen Worten, etwas Einzelhaftes, Warmes, das an ihr Gefühl appellierte, an ihre Sinne, ihr Herz. Wozu alle Philosophie? Und wenn sie sich noch so fest unbewegt fühlten von rein juristischem Denken, Herweghs Worte brachten an ihr Herz und erweckten menschliches Gefühl Wohlbehagen, Begreifen, „Gefühl“ nannte er das.

(Fortsetzung folgt.)